



FÜRSTLICH LIECHTENSTEINISCHE STAATSANWALTSCHAFT

03 ST.2001.208

12 UR.2001.00163

EINGANG IN DER
GERICHTSABTEILUNG

AM: - 9. Dez. 2002

Dem Herrn Untersuchungsrichter

Anklageschrift

Die Fürstliche Staatsanwaltschaft erhebt vor dem gemäss §§ 15 Abs 2 und 67 Abs 2 StPO zuständigen Land- als Kriminalgericht gegen

1. **Eugen VON HOFFEN**, geb. Heeb,
geb. am 25.01.1952 in Feldkirch,
liechtensteinischer Staatsangehöriger,
derzeit in Untersuchungshaft,
2. **Rudolf RITTER**,
geb. am 10.06.1954 in Gisingen,
liechtensteinischer Staatsangehöriger, Kaufmann,
wohnhaft in 9493 Mauren, Oxnerweg 657,

EINGELANGT AM: 12.12.02
VORGEMERKT AM: 21.12.02

die

ANKLAGE:

Es haben in Mauren und anderen Orten:

1. Eugen VON HOFFEN und Rudolf RITTER im bewussten und gewollten Zusammenwirken als Mittäter im Zeitraum von 1997 bis Anfang 200 Vermögensbestandteile in einem CHF 150'000.-- übersteigenden Werte, die aus den Verbrechen anderer herrührten, und zwar Geldbeträge aus dem Erlös von Suchtgiftgeschäften von Mitgliedern des Cali Kartells und dessen Nachfolgeorganisationen und Erlöse des Juan Carlos Saavedra aus Geldwäscherei verborgen und deren Herkunft verschleiert, und zwar dadurch

verborgen, dass sie in Mailand und Madrid von Juan Carlos Saavedra Bargeldbeträge über ca. CHF 1'642'000.-- durch ihren Mitarbeiter Egon Fink übernehmen und dann in einer Reisetasche nach Liechtenstein verbringen liessen (und sodann auf diversen dem Juan Carlos Saavedra zuzuordnenden Konten einzahlten)

deren **Herkunft verschleiert**, dass sie auf einer Gutschriftanzeige betreffend das Konto der Standex Shipping Ltd. die Anschrift des Auftraggebers Alpha Capital Int. Ltd., nämlich „Medellin/Columbia“ wegekopierten, auf Gutschriftsanzeigen betreffend das Konto der Langdon Shipping Ltd. die Anschrift des Auftraggebers Consultoria International CC, samt Herkunftsland Mexiko, wegekopierten, sowie bei acht für Juan Carlos Saavedra verwalteten Stiftungen und Firmen die nicht existente Person „Waldemar von Sauer“ als Instruktionsgeber einsetzten bzw. als Kundennamen anführten sowie bei zwei für Juan Carlos Saavedra verwalteten Firmen die nicht existente Person „Kurt Müller“ als Vizepräsidenten anführten;

2. Rudolf RITTER Ende April 1999 die ihm in seiner Eigenschaft als Organträger der Stiftungen Adami Stiftung, Adder Foundation, Bonbon Stiftung, Compur Foundation, Envelop Foundation und Matrimonium Foundation durch Rechtsgeschäft eingeräumte Befugnis,

über fremdes Vermögen zu verfügen, wissentlich missbraucht und dadurch den vorgenannten Stiftungen einen Vermögensnachteil mit einem besonders grossen Schaden zugefügt, indem er im Namen der zuvor angeführten Stiftungen von der Firma IC Deposit and Holding Company Inc. insgesamt 30'000 Stück Aktien der Firma SP AG St. Petersburg Immobilien und Beteiligungs- AG zum Stückpreis von € 15.- kaufte, obwohl die Aktien zu diesem Zeitpunkt an der Börse lediglich mit einem Kurs von ca. € 9,95 gehandelt wurden;

3. Eugen VON HOFFEN zu der unter 2. angeführten Tat dadurch beigetragen, dass er dem Mitarbeiter Egon Fink die Zustimmung zum Aktienkauf und zur Freigabe der Aktien vom Depot der Firma IC Deposit and Holding Company Inc. erteilte.

Es haben hiedurch begangen:

Eugen VON HOFFEN

- zu 1. das Verbrechen der Geldwäscherei nach § 165 Abs 1 und 3 StGB (alte Fassung);
- zu 3. das Verbrechen der Untreue als Beitragstäter nach den §§ 12, 153 Abs 1 und 2 StGB;

Rudolf RITTER

- zu 1. das Verbrechen der Geldwäscherei nach § 165 Abs 1 und 3 StGB (alte Fassung);
- zu 2. das Verbrechen der Untreue nach § 153 Abs 1 und 2 StGB

und es seien hiefür

Eugen VON HOFFEN und Rudolf RITTER

jeweils nach § 153 Abs 2 StGB in Anwendung des § 28 StGB

zu bestrafen.

Gemäss § 20 StGB wird die Abschöpfung der Bereicherung beantragt.

ANTRÄGE:

1. Anordnung einer Schlussverhandlung vor dem Fürstlichen Land- als Kriminalgericht;
2. Vorführung des in Untersuchungshaft befindlichen Eugen von Hoffen sowie Vorladung des Rudölf Ritter zur Schlussverhandlung als Angeklagte;
3. Ladung und Vernehmung der Zeugen:
 - Daniel Hess,
 - Renatę Kremser,
 - Dr. Gabriel Marxer,
 - Egon Fink,
 - Attina Efthimiou,
 - Peter Frommelt;
4. Ladung des Sachverständigen Dietmar Vogelsang;
5. Verlesung

- der Anzeigen und Polizeierhebungen,
- der Strafregisterauskünfte,
- des Gutachtens des Bundesaufsichtsamtes für den Wertpapierhandel (ON 73),
- des wesentlichen Inhaltes der einzuholenden Akten 8 Vr 17/91, 12 Ur 39/2001, 1 Ur 134/99, je des Fürstlichen Landgerichtes sowie des wesentlichen Inhaltes der vom Landesgericht Feldkirch zum dortigen Verfahren 16 Hv 1009/01 übermittelten Aktenkopien.

B E G R Ü N D U N G :

Eugen von Hoffen war in den 70er und 80er Jahren in einer Rechtsanwaltskanzlei und einem Treuhandunternehmen tätig, laut seinen Angaben hat er 1979 in den USA ein Psychologiestudium mit dem Doktorat abgeschlossen. Bis 1996 führte er den Geburtsnamen Heeb, wobei er sich auch als „Dr. Heeb“ bezeichnete und nennen liess. Im Oktober 1996 wurde er von Anna Moses von Hoffen adoptiert und führt seitdem den Familiennamen „von Hoffen“.

Eugen von Hoffen ist gerichtlich verbestraft und zwar wegen schweren Betruges. Weiters wurde er im Juni 2001 vom Fürstlichen Landgericht wegen Verbrechens des gewerbsmässigen schweren Betruges zu einer mehrjährigen Freiheitsstrafe verurteilt, dieses Urteil ist aber noch nicht rechtskräftig.

Rudolf Ritter ist nach dem Akteninhalt gerichtlich unbescholten. Laut seinen Angaben arbeitete er 10 Jahre bei der Präsidialanstalt, einer Treuhandgesellschaft, als Buchhalter, später Sachbearbeiter und

Kundenbetreuer. Im Jahre 1989 gründete er zusammen mit Dr. Norbert Jehle die JRT Treuhandgesellschaft. Im Jahr 1997 schied er aus dieser Gesellschaft aus und übernahm die Firma Euro-Finanz Trust bzw. Euro-Finanz Treuunternehmen.

Die Firma Euro-Finanz Treuunternehmen gehört zu der sogenannten „IC-Gruppe“, zu welcher u.a. die Gesellschaften „Intercompany Management AG“ mit Sitz in Panama, die Firma „Intercompany Management Treuhand AG“ mit Sitz in der Schweiz, die „IC Deposit and Holding Company Ltd.“ mit Sitz in Panama, der „Adminco Trust reg.“, die „Elektro-Dent Anstalt“ sowie das Euro-Finanz Treuunternehmen zu zählen sind. Die Firmen der IC-Gruppe beschäftigen sich mit Firmengründungen, Vermögensverwaltung und -anlage.

Oberster Chef dieser IC-Gruppe war Eugen von Hoffen. Ihm musste laut Angaben des Rudolf Ritter sämtliche Post, bevor sie geöffnet wurde, vorgelegt werden. Eugen von Hoffen traf auch die Entscheidungen, welche finanziellen Transaktionen durchzuführen sind; laut Angaben seiner langjährigen engen Mitarbeiterin Renate Kremser war Eugen von Hoffen der „Medizinmann“ in der IC-Gruppe, Rudolf Ritter war laut ihren Angaben der „Häuptling“, wobei Rudolf Ritter als Geschäftsleiter fungierte. Renate Kremser gibt in ihrer Niederschrift beim Untersuchungsrichter des Landesgerichtes Feldkirch am 19.05.2000 diesbezüglich an, dass Ritter im operativen Tagesgeschäft Ansprechpartner der Kunden und der Mitarbeiter war, während von Hoffen im Hintergrund „die Fäden zog“. Von Hoffen sei „die letzte Instanz“ innerhalb der IC-Gruppe gewesen. Wenn von Rudolf Ritter keine Entscheidung getroffen werden wollte, sei diese letztlich immer von Eugen von Hoffen gekommen. Renate Kremser bezeichnet Eugen von Hoffen als die „graue Eminenz“ der IC-Gruppe. Zwischen Rudolf Ritter und Eugen von Hoffen bestand offenkundig eine Partnerschaft, wobei die Gewinne der IC-

Gruppe zwischen Ritter und von Hoffen nach einem bestimmten Schlüssel aufgeteilt wurden.

Egon Fink war 10 Jahre lang Angestellter bei diversen Firmen unter der Leitung des Eugen von Hoffen, er war für die Kundenbetreuung und die Verwaltung der Gesellschaftsmandate zuständig.

Rudolf Ritter führt in seiner Beschuldigtenvernehmung am 06.07.2002 vor dem Fürstlichen Landgericht aus, dass Egon Fink ohne Eugen von Hoffen überhaupt „nichts gemacht“ habe. Egon Fink habe sich immer mit Eugen von Hoffen besprochen, Eugen von Hoffen habe die Kontrolle über sämtliche Transaktionen gehabt. Es habe zweimonatlich Sitzungen innerhalb der Gruppe gegeben, an denen Egon Fink, Renate Kremser, der weitere Mitarbeiter Daniel Hess sowie Rudolf Ritter und von Hoffen teilgenommen hätten. Eugen von Hoffen kenne jede einzelne Gesellschaft, die von der IC-Gruppe verwaltet werde. Laut Angaben des Rudolf Ritter hat Egon Fink vor jeder Transaktion und vor jeder finanzpolitischen Entscheidung das Einverständnis des Eugen von Hoffen einholen müssen und auch eingeholt. Von Hoffen habe über alles Bescheid gewusst, was Fink gemacht habe.

Zu Punkt 1. der Anklage:

Bereits Anfang der 90er Jahre lernte Eugen von Hoffen den kolumbianischen Staatsangehörigen Juan Carlos Saavedra Molina kennen und hatte mit diesem Geschäftsbeziehungen. 1997 nahm Saavedra wiederum Kontakt mit Egon Fink, Eugen von Hoffen und über diesen mit Rudolf Ritter auf. Rudolf Ritter hat in der Folge den Saavedra mehrmals getroffen, auch Eugen von Hoffen hat laut Angaben des Ritter und nach seinen eigenen Angaben immer wieder Kontakt mit Juan Carlos Saavedra gehabt.

Ca. im Jahr 1997 kam es dann über Ersuchen des Saavedra dazu, dass von der IC-Gruppe insgesamt 24 Stiftungen bzw. Gesellschaften gegründet wurden. Die Namen dieser Gesellschaften und Stiftungen ergeben sich aus

ON 72 des gegenständlichen Aktes (auf Seiten 121-135 in ON 72). Egon Fink war als Mandatsverantwortlicher und unmittelbarer Ansprechpartner des Saavedra in der IC-Gruppe tätig, er musste seine Entscheidungen jedoch mit dem Geschäftsleiter Rudolf Ritter und dem obersten Entscheidungsträger Eugen von Hoffen abstimmen, was bedeutet, dass sämtliche Aktionen, die Egon Fink sodann im Zusammenhang mit diesen „Saavedra-Gesellschaften“ gesetzt hat, mit Zustimmung, Wissen und im Einverständnis sowie über Weisung des Ritter und des von Hoffen getätigt wurden.

Bei den über Auftrag des Saavedra gegründeten Stiftungen wurden nur teilweise die tatsächlich Begünstigten in den Beistatuten angeführt.

In mehreren dieser dem Saavedra zuzurechnenden Firmen scheint der Name „Waldemar von Sauer“ als sogenannter Instruktionsgeber (Weisungsberechtigter) zusätzlich zu Saavedra auf. Es handelt sich um die Calcul Business Consulting Inc., Cashcom Investments Inc., Cashresources Inc., Con Moto Stiftung, Euro Russo, FSK Foundation, Nostromo Corporation und Standex Shipping Ltd.. Eine Reisepasskopie betreffend „Waldemar von Sauer“ wurde bei Hausdurchsuchungen in den Räumlichkeiten der IC-Gruppe gefunden. Die Erhebungen haben ergeben, dass dieser angebliche „Waldemar von Sauer“ nicht existiert. Ausserdem wurde in den Räumlichkeiten der IC-Gruppe auch ein Reisepass eines gewissen „Kurt Müller“ vorgefunden, auch dieser Reisepass wurde als Blankodokument gestohlen und auch die Person des Kurt Müller konnte nicht identifiziert werden. Dieser „Kurt Müller“ war bei zwei Gesellschaften, und zwar „Cashresources Inc.“ und der „Calcul Business Consulting Inc.“ als Vizepräsident vermerkt.

Auffallend ist nun, dass auch Reisepässe anderer offenkundig nicht existierender Personen und falsche Reisepässe in den Räumlichkeiten der IC-Gruppe vorgefunden wurden, wobei diese bezüglich auf die Erkenntnisse im Verfahren 8 Vr 17/91 des Fürstlichen Landgerichtes verwiesen wird (dort wurde

dem Eugen von Hoffen angelastet, dass er falsche Namen für seine betrügerischen Tätigkeiten benutzt habe). Egon Fink und Rudolf Ritter sowie Eugen von Hoffen geben an, den Waldemar von Sauer und Kurt Müller niemals getroffen zu haben. Allerdings wurde im Rahmen von Hausdurchsuchungen eine Liste gefunden, welche handschriftlich von Egon Fink ausgefüllt worden war und in welcher als Vertragspartner „Waldemar von Sauer“ eingetragen worden war. Egon Fink behauptete diesbezüglich, dass die Anweisung von Rudolf Ritter gekommen sei, wobei für ihn klar gewesen sei, dass diese Stiftung für Saavedra benötigt werde. Es ist daher davon auszugehen, dass auch bezüglich jener Firmen, in welchen „Waldemar von Sauer“ neben Saavedra als Instruktionsgeber aufscheint, und in welchen „Kurt Müller“ als Vizepräsident angeführt ist, diese Eintragungen lediglich aus Verschleierungsgründen erfolgten, nicht jedoch den tatsächlichen Gegebenheiten entsprachen und nur dazu dienten, bei diesen Gesellschaften die Herkunft der Gelder zu verschleiern.

Nach Gründung der Stiftungen und Gesellschaften erfolgte von Juan Carlos Saavedra meistens per Telefax die Anweisung, von den Konten dieser Gesellschaften und Stiftungen Überweisungen vorzunehmen, insbesondere auch Barabhebungen zu tätigen und die behobenen Gelder in der Folge wieder bar auf Konten anderer Gesellschaften einzubezahlen. Dies hat sogar dazu geführt, dass die LGT Bank im Frühjahr 2000 dem Rudolf Ritter die Aufkündigung der Geschäftsbeziehung angedroht hat, und zwar deshalb, weil diese Konten der „Saavedra-Gesellschaften“ eine sehr hohe Durchlaufquote aufwiesen, in dem Gelder bar einbezahlt und sofort dann wieder bar behoben worden sind. Offenkundig hat sich auch für die LGT Bank der Verdacht ergeben, dass die Häufigkeit dieser Bareinzahlungen und -auszahlungen der Verschleierung des Geldflusses dient.

Die Beschuldigten haben Vermögensbestandteile, die aus Verbrechen stammen, verborgen und ihre Herkunft verschleiert im Sinne des § 165 Abs 1

StGB. Über Auftrag der beiden Beschuldigten führte Egon Fint im Zeitraum von September 1998 bis Juli 1999 insgesamt sieben Fahrten mit einem österreichischen Mietauto nach Madrid sowie nach Mailand durch. Er übernahm in Madrid und in Mailand von Saavedra umgerechnet Bargeldbeträge in der Höhe von insgesamt ca. CHF 1'642'000.--, ohne eine Empfangsbestätigung auszustellen, verstaute das Geld in einer Reisetasche und verbrachte es im Kofferraum dieses Mietautos nach Liechtenstein (Hinsichtlich der einzelnen Fahrten wird auf den Bericht der Landespolizei vom 04.08.2000 (ON 114) verwiesen). Aus ON 114 des Aktes ergibt sich auch, bei welchen Gesellschaften bzw. Stiftungen sodann die Bargeldbeträge einbezahlt wurden. Darunter befinden sich auch Gesellschaften, in welchen die Personen „Waldemar von Sauer“ als Instruktionsgeber sowie „Kurt Müller“ als Vizepräsident angeführt sind (Euro Russo Corporation S.A., Calcul Business AG). Das Verbringen durch mehrere Staaten über die Landesgrenze nach Liechtenstein ist ein „Verbergen“ im Sinne des § 165 Abs 1 StGB (EvBl 1996/32).

Aus ON 67 des Aktes ergibt sich, welche Geldbeträge bei jenen Gesellschaften, in welchen die nicht existenten Personen „Waldemar von Sauer“ und „Kurt Müller“ als Instruktionsgeber bzw. Kurden bzw. Vizepräsidenten angeführt sind, eingegangen und ausgegangen sind.

So sind bei der Calcul Business AG Beträge in Höhe von CHF 4,7 Mio. eingegangen und dann wieder ausgegangen. Bei der Firma Cashcom Investments Inc. sind ca. CHF 257'000.-- eingegangen und ca. CHF 253'000.-- ausgegangen. Bei der Cashresources sind ca. CHF 1,36 Mio. eingegangen und ca. CHF 980'000.-- ausgegangen. Bei der Con Moto Stiftung sind ca. CHF 2,4 Mio. eingegangen und ca. CHF 2,1 Mio. ausgegangen. Bei der Euro Russo Corporation S.A. sind ca. CHF 1,12 Mio. ein- und dann wieder ausgegangen. Bei der Firma Standex Shipping Ltd. sind ca. CHF 1,56 Mio. eingegangen und ca. CHF 1,52 Mio. ausgegangen.

Hinsichtlich dieser Vermögensbestandteile wurde daher durch das Einsetzen nicht existenter Personen als Instruktionsgeber bzw. Kunden bzw. Vizepräsidenten in den Gesellschaftsunterlagen deren Herkunft verschleiert, indem über den Ursprung, die Rechte an den Vermögensbestandteilen sowie die Verfügungsbefugnisse über die Vermögensbestandteile falsche Angaben gemacht wurden.

Die Beschuldigten liessen aber auch auf Überweisungsbelegen den Auftraggeber wegekopieren. Auch dies sind Verschleierungshandlungen im Sinne des § 165 Abs 1 StGB. So wurde bei einer Gutschriftsanzeige vom 23.12.1999 über US\$ 159'995.- zugunsten eines Kontos der Standex Shipping Ltd. vom Auftraggeber „Alpha Capital Int. Ltd.“ der Herkunftsort „Medellin/Columbia“ wegekopiert. Ebenso wurde bei Gutschriftsanzeigen über zweimal US\$ 200'000.- vom 25.01.2000 zugunsten des Kontos der Langdon Shipping Ltd. beim Auftraggeber „Consultoria International CC“ die Adresse und das Herkunftsland Mexiko wegekopiert.

Bei den in den Firmenkomplex einbezahlten Geldern handelt es sich entweder um Erlöse aus Suchtmittelgeschäften oder um Erlöse des Juan Carlos Saavedra aus Geldwäschereiaktionen für das Cali-Kartell bzw. dessen Nachfolgeorganisationen. Es handelt sich also um Vermögensbestandteile, die aus Verbrechen anderer herrühren.

Juan Carlos Saavedra war bereits zu Beginn der 90er Jahre Zielpunkt von Ermittlungen der amerikanischen Drogenbekämpfungsbehörden. Aus der ON 72 des Aktes ergeben sich nun beispielsweise klare Beweise dafür, dass Saavedra Drogengelder für das Cali-Kartell gewaschen hat bzw. nach Zerschlagung des Kartells weiterhin für die Nachfolgeorganisationen wäscht.

Aus den Berichten der amerikanischen Drogenbekämpfungsbehörde ergibt sich zum Beispiel, dass ein gewisser Antonio Ocampo, wohnhaft in

Cali/Kolumbien, gegenüber einem verdeckten Ermittler telefonisch im Juli 1991 geäußert hat, dass er versuche, Verbindungen zu Geldwäsche-Einrichtungen vorzunehmen, jedoch es Schwierigkeiten gebe, weil dieses Geschäft in den USA von Saavedra gemanagt werde. Dieser habe auch die Verbindung mit Banken und die Leute in Kolumbien, welche grossen Geldsummen hätten, würden alle mit Saavedra zusammenarbeiten.

Aus dem Report der Drogenbekämpfungsbehörde vom 20.08.1991 ergibt sich, dass der verdeckte Ermittler sich mit Saavedra in den USA getroffen hat. Bei diesem Gespräch habe Saavedra erklärt, dass er Geld für Cali-Kartell wasche, und zwar unter Zuhilfenahme seiner Anstellung bei der Firma Prudential Bache Securities. Er habe dabei auch erklärt, wie er falsche Identitäten benutze, um seine Operationen zu schützen und mit Personen in Europa zusammenarbeite, welche keine „Papierspuren“ hinterliessen.

Aus einem weiteren Bericht der Drogenbekämpfungsbehörde ergibt sich, dass am 18.09.1991 ein weiteres Treffen zwischen Saavedra und dem verdeckten Ermittler stattgefunden hat. Dabei äusserte Saavedra, dass er bei seinen Aktionen auch mittels fiktiver Kunden und Strohleute überall Konten eröffnen könne, wodurch es den Behörden unmöglich sei, die wahren wirtschaftlich Berechtigten und die Geldquellen festzustellen. Er habe weiters erklärt, wie er für seine Kunden, welche alle Geld vom Kokainhandel hätten, Geld wasche und in weiterer Folge Gegenstände des täglichen Bedarfs anschaffe.

Aus dem Report vom 18.05.1995 ergibt sich, dass Saavedra dem Cali-Kartell zuzuordnen ist und im Kokaingeschäft sowie im Bereich der Geldwäsche tätig ist.

Im Dezember 1999 hat ein verdeckter Ermittler des D.E.A. (das ist die amerikanische Drug Enforcement Administration) für einen Drogenhändler eine kontrollierte Geldüberweisung mittels der „Giraldo's Transportation Service“ durchgeführt. Die Gelder sollten auf ein Konto der Standard Shipping Ltd. (Saavedra-Gesellschaft in Liechtenstein) überwiesen werden. Dies zeigt

ebenfalls, dass Gelder aus Drogenverkäufen in den Firmenkonzern Saavedra in Liechtenstein einbezahlt wurden.

Im Zuge der Kontoauswertungen tauchten Personen und Namen auf, welche im engen Zusammenhang mit Drogengeschäften bzw. Geldwäschegeschäften stehen. So erhielt ein gewisser Denton HALL von der Calcul Business AG einen Betrag von CHF 32'000.-. Dieser Denton Hall war offenkundig in den Handel mit Marihuana, Heroin sowie Kokain verwickelt. 1990 wurde er wegen der Verabredung zur Verübung der Straftat der Einfuhr von 1.600 Pfund Marihuana verhaftet und zu 78 Monaten Haft verurteilt.

Rosa Elvira NARVAEZ-MUNOZ bezahlte einen Betrag von ca. CHF 300'000.- auf ein Konto der Calcul Business AG bei der LGT Bank im Juli 1998 ein. Rosa Narvaez-Munoz ist kolumbianische Staatsangehörige, welche im Jahr 1999 Erlöse aus dem Drogenhandel einer Organisation in Florida gestohlen haben soll.

Ein gewisser Francois SERRES erhielt von der Euro Roto im Jänner 1998 einen Betrag von ca. CHF 10'000.- sowie von der Neo Trade am 28.01.1998 einen Betrag von ebenfalls ca. CHF 10'000.- Dieser Francois Serres soll im Jahr 1995 den bekannten kolumbianischen Kokainhändler Jose SANTACRUZ-LONDONO bei Verhandlungen über eingefrorene Erträge, welche aus dem Drogenhandel stammen, vertreten haben.

Maria SANCLEMENTE scheint in den Beistatuten der Agnat Stiftung als Erstbegünstigte auf. Es handelt sich um die Schwester Tochter des bekannten kolumbianischen Kokainhändlers Gilberto RODRIGUEZ-OREJUELA. Die Gattin des ebenfalls dem Cali-Kartell zuzuordnenden Jose Santacruz-Londono, Amparo CASTRO de SANTACRUZ, erhielt im November 1997 US\$ 11'000.- von der Royal Marketing AG.

Vom Wiener Rechtsanwalt Dr. Czinglar wurden im Jahr 1997 Geldbeträge in Höhe von ca. CHF 2,8 Mio. nach Liechtenstein überwiesen. Es handelte sich um Gelder der Esperanca Rodriguez de Castro, welche die Schwiegermutter des Jose Santacruz-Londono ist. Dieser Gelder waren im Jahr 1991 aufgrund eines Rechtshilfeersuchens eines US-Bezirksgerichtes sowie eines gleichlautenden Rechtshilfeersuchens der Justizbehörden von Luxemburg gesperrt worden. Dr. Czinglar wurde sodann von einem kolumbianischen Anwalt beauftragt, die eingefrorenen Gelder frei zu bekommen. Die Gelder wurden tatsächlich frei gegeben, weil laut Erklärung des US-Justizministeriums an der Einfrierung der Gelder deshalb kein Interesse mehr bestehe, weil die Verdächtigen in den Vereinigten Staaten wegen Geldwäscherei verurteilt worden seien und sich damit einverstanden erklärt hätten, dass das durch die einstweiligen Verfügungen betroffene Geld an eine Bank in den USA überwiesen werde zum Zwecke der Konfiszierung. Esperanca Rodriguez de Castro widersprach jedoch dieser Erklärung, sodass die Gelder in der Folge nach Liechtenstein überwiesen wurden.

In den Unterlagen der Firma „Calcul Business Consulting Inc.“ befindet sich ein Fax von Saavedra an den Egon Fink vom 04.06.1998 betreffend einen Wechsel über US\$ 50'000.--. Neben einer Bankgarantie war noch ein Schreiben, unterzeichnet von „Faught“, betreffend Bill of exchange in spanischer Sprache angeschlossen. In diesem Fax fragt Saavedra bei Egon Fink an, wie man einen solchen Scheck am besten einlösen könnte, wobei es sich dabei um Gesamtvolumen von US\$ 500'000.-- handeln solle. Im Zuge der Erhebungen konnte in Erfahrung gebracht werden, dass Todd S. Faught 1999 in den USA rechtskräftig wegen Geldwäscherei in Verbindung mit Drogengeldern verurteilt worden ist. Er war beschuldigt worden, eine Schlüsselfigur in Verbindung mit Drogengeldern in einer internationalen Geldwäscheorganisation mit dem Drogenkartell aus Cali zu sein.

In ON 45 des Aktes erliegen Aktennotizen, aus denen sich ergibt, dass Eugen von Hoffen an mehreren Besprechungen mit Juan Carlos Saavedra teilgenommen hat. Auch Rudolf Ritter gibt selbst an, sich einige Male mit Juan Carlos Saavedra getroffen zu haben.

Berücksichtigt man nun, dass Egon Fink über Jahre laufend Kontakt mit Juan Carlos Saavedra hatte und über sämtliche im Zusammenhang mit Saavedra von ihm gesetzten Aktionen den Rudolf Ritter und den Eugen von Hoffen informierte, dass in den Gesellschaftsunterlagen falsche Instruktionsgeber, falsche Vizepräsidenten und falsche Kunden angegeben wurden, dass wirtschaftlich Berechtigte teilweise fehlten, berücksichtigt man weiters die Herkunft der angeführten wirtschaftlich Berechtigten, dass erhebliche Bargelddbeträge ohne Empfangsbestätigung entgegen genommen und über die Staatsgrenze verbracht wurden, berücksichtigt man weiters, dass bei Überweisungsbelegen teilweise Auftraggeber und Herkunftsland wegekopiert wurden, so ist davon auszugehen, dass die beiden Beschuldigten es ernstlich für möglich gehalten und sich damit abgefunden haben, dass jene Vermögenswerte, die sie verborgen und deren Herkunft sie verschleiert haben, aus Verbrechen, nämlich Drogengeschäften, stammen. Die von den Beschuldigten gesetzten Handlungen dienten also dazu, Vermögensbestandteile, die aus Verbrechen anderer, nämlich Drogengeschäften, herrühren, zu verbergen sowie die Herkunft dieser Vermögensbestandteile zu verschleiern. Das Wegkopieren von „Medellin/Columbia“ sowie das Wegkopieren der Adresse und des Landes bei der Überweisung aus Mexiko sprechen ebenfalls für sich.

Eugen von Hoffen und Rudolf Ritter verantworten daher diesbezüglich das Verbrechen der Geldwäscherei nach § 165 Abs 1 und 3 StGB.

Zu Punkt 2. und 3. der Anklage:

Zwischen Mitte Dezember 1998 und Februar 1999 zahlten zahlreiche amerikanische Anleger Geldbeträge auf das Konto der Firma P.B. Global Investments Ltd. bei der Liechtensteinischen Landesbank in Vaduz ein. Dieses Konto war von James Sexton Ende November 1998 eröffnet worden. Dieser gab sich gegenüber der Liechtensteinischen Landesbank als wirtschaftlich Berechtigter aus und verfügte auch in erheblichem Umfang über die Gelder.

Am 09.02.1999 sperrte die Liechtensteinische Landesbank die Konten der P.B. Global Investments Ltd., da die Bank annahm, hinsichtlich der wirtschaftlich Berechtigten getäuscht worden zu sein. Aufgrund dieser Kontensperre wandte sich James Sexton an Rudolf Ritter und Egon Fink sowie Eugen von Hoffen. Er war diesen drei Personen bereits aus früheren Geschäftsverbindungen bekannt.

Nach Beratung mit dem Rechtsanwalt Dr. Gabriel Marxer beauftragte James Sexton im Februar 1999 die Liechtensteinische Landesbank, die Konten der Firma P.B. Global Investments Ltd. sowie einer weiteren Firma zu saldieren und das Guthaben auf ein Konto des Dr. Gabriel Marxer bei der LGT Bank in Liechtenstein zu überweisen. James Sexton erklärte, es handle sich beim Geld der P.B. Global Investments Ltd. um gesammeltes Geld von diversen Anlegern. Ende Februar 1999 wurde dann das Geld in Höhe von mehr als US\$ 5 Mio. auf das Konto des Dr. Marxer bei der LGT Bank überwiesen. In der Folge wurden dann von der Euro Finanz Treuunternehmen hinsichtlich jener Anleger, welche eine Einzahlung von mehr als US\$ 100'000.-- getätigt hatten, eine Stiftung gegründet. Insgesamt wurden am 24.03.1999 für 12 Anleger 12 Stiftungen mit den Namen Adamit Stiftung, Adder Foundation, Bonbon Stiftung, Compur Foundation, Egart Stiftung, Envelop Foundation, Gundula Foundation, Junktim Foundation, Luciano Stiftung, Matrimonium Foundation, Oktroi Stiftung und Restitution Foundation gegründet. Weiters gründete man für James Sexton für die ihm angeblich persönlich zuzurechnenden Gelder die Adacta Stiftung sowie die Firma Bella Finance and Trading. Bei den 12

Stiftungen der Anleger waren jeweils Rudolf Ritter, Egon Fink sowie Daniel Hess, ein weiterer Kundenberater der Firma Euro Finanz Treuunternehmen reg. als Direktoren eingetragen. Bei den für diese Stiftungen eingerichteten Konten bei der LGT Bank waren Rudolf Ritter, Egon Fink, Renate Krenser sowie Daniel Hess je zu zweit kollektiv zeichnungsberechtigt. Der Mandatsverantwortliche für die Stiftungen war Egon Fink.

Die Beträge jener Anleger, welche weniger als US\$ 100'000.- angelegt hatten, verblieben auf dem Konto des Dr. Marxer. Egon Fink gab im Vorverfahren an, die Gelder der einzelnen Stiftungen sollten entsprechend den Vorgaben des James Sexton in Projekte in Liechtenstein sowie in zukunftsorientierte europäischen Aktien angelegt werden. Es sei auch über den Kauf von Aktien der SP AG gesprochen worden, doch sei die Anlegung der Stiftungsgelder weder auf dieses Projekt eingeschränkt noch ein zeitliches Limit gestellt worden.

Bei der SP AG, St. Petersburg Immobilien- und Beteiligungs AG handelt es sich um eine 1992 gegründete Firma, welche seit 1997 an der Börse notiert ist. Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb, die Verwaltung, Vermietung und Verpachtung sowie der Auf- und Ausbau und die Veräusserung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten in St. Petersburg. Somit ist das Unternehmen der Immobilienbranche zuzuordnen. Rudolf Ritter war Mitglied des Aufsichtsrates dieser Firma. Von diversen Firmen im Einflussbereich des Rudolf Ritter wurden zum damaligen Zeitpunkt mehr als 160'000 Stück SP AG-Aktien gehalten. Die Beschuldigten beschlossen nun, insgesamt 35'000 Aktien der SP AG für die Stiftungen der Anleger zu kaufen. Dabei sollten 30'000 Stück ausserbörslich von der Firma IC Deposit and Holding Company Inc., welche in ihrem Depot über mehr als 100'000 Stück dieser Aktien verfügte, und die weiteren 5'000 Stück an der Börse erworben werden. Für die Firmen Adamit Stiftung, Adder Foundation, Bonbon Stiftung, Compur Foundation,

Envelop Foundation und Matrimonium Foundation wurden sodann 30'000 Stück Aktien angekauft, für die übrigen Stiftungen insgesamt 5'000 Stück.

Im Frühjahr 1999 ist der Kurs dieser Aktien gesunken. Der Kurswert der Aktien betrug am 24.03.1999 (Gründungsdatum der Stiftungen) € 14,3 pro Stück, am 23.04.1999 (1 Monat später) betrug der Kurswert der Aktien aber noch € 9,95 pro Stück.

Nach Rücksprache mit Eugen von Hoffen und dessen Zustimmung sowie Zustimmung und Aufforderung des Rudolf Ritter verfasste Egon Fink dann am 23.04.1999 in seiner Funktion als Stiftungsrat und Mandatsverantwortlicher jeweils ein Schreiben an die Intercompany Management AG mit dem Auftrag, Aktien des SP AG zu kaufen, und zwar je 3'000 Stück für die Adamit Stiftung, Adder Foundation und Envelop Foundation, 4'000 Stück für die Compur Stiftung, 7'000 Stück für die Bonbon Stiftung, sowie 10'000 Stück für die Matrimonium Foundation. Maximal sollte ein Preis von € 15.- pro Aktie bezahlt werden. Die Beschuldigten kamen nun überein, dieses Schreiben zurückzudatieren, sodass Egon Fink das Schreiben mit Datum 24.03.1999 versah, eben aus dem Grund, da der Kurs dieser Aktien - wie vorangeführt - an diesem Tag wesentlich höher lag als am tatsächlichen Tag des Aktienkaufes. Die Rückdatierung hatte also den Grund, die Stiftungen beim Aktienankauf mit höheren Beträgen zu belasten, sohin zu schädigen, gleichzeitig ergab sich aber für die Aktienverkäuferin ein ihr nicht zustehender Gewinn. Diese rückdatierten Kaufaufträge wurden sodann von Rudolf Ritter und Egon Fink unterfertigt. Am selben Tag, dem 23.04.1999, unterfertigten dann Rudolf Ritter und Egon Fink auch die entsprechenden Überweisungsaufträge von den jeweiligen Stiftungskonten zugunsten der IC Deposit and Holding Company Inc. . Am 26.04.1999 verfasst Egon Fink an seinem PC namens der Firma Intercompany Management AG die jeweiligen Kaufabrechnungen an die 6 Stiftungen und datierte auch diese Schreiben auf den 26.03.1999 zurück. Die Akten wurden erst am 27.05.1999 aus dem Depot der IC Deposit and Holding Company Inc. an die jeweiligen Stiftungen übertragen.

Bereits am 19.04.1999 waren die restlichen 5'000 Stück der SP / G-Aktien für die übrigen Stiftungen direkt an der Börse gekauft worden, und zwar je 1'500 Stück für die Egart- und Gundula-Stiftung zu einem Preis von US\$ 10,8 pro Aktie sowie je 500 Aktien zu einem Stückpreis von US\$ 10,8 für die übrigen 4 Stiftungen, also ca. € 10 pro Aktie.

Der Kauf der 30'000 Stück Aktien zum überhöhten Preis widersprach den Interessen der Stiftungen. Durch diese Handlungsweise entstand den 6 Stiftungen ein Schaden von mehr als CHF 50'000.-. Ritter und Fink tätigten den Kauf trotz Kenntnis der Kursdifferenz zwischen Tageskurs und Kaufpreis sowie im Wissen, dass dieses Geschäft den Interessen der betroffenen Stiftungen zuwider läuft. Aus diesem Grund bzw. zu Verschleierrungszwecken datierten sie die Kaufaufträge und Abrechnungen zurück. Zusammengefasst haben also die Beschuldigten im Zusammenwirken mit dem abgesondert verfolgten Egon Fink die Stiftungen geschädigt, indem sie den Stiftungen für die Aktienankäufe Beträge anlasteten, die damals nicht dem Kurswert der Aktien entsprachen. Egon Fink bestätigt, dass dem Rudolf Ritter bekannt gewesen sei, dass der Kurs der Aktien im April 1999 niedriger war als im März 1999. Die Tatsache, dass die Kaufaufträge bzw. Kaufabrechnungen rückdatiert wurden, ergibt sich zum einen aus der Aussage des Egon Fink selbst, zum andern jedoch auch aus den Ausdrucken des Computers des Egon Fink, aus denen sich ergibt, dass die Aufträge und Abrechnungen am 23.04. und 26.04.1999 geschrieben wurden. Die Manipulationen konnten anhand der zu den Dokumenten gespeicherten Systemzeiten nachvollzogen werden. Sämtliche manipulierten Dateien waren auf dem Rechner am Arbeitsplatz des Egon Fink abgespeichert. Alle vorgefundenen Kopien dieser Dateien auf Datenträgern, die im Zuge der Hausdurchsuchung beschlagnahmt wurden, sind inhaltlich ident. Der Auftrag an die Liechtensteinische Landesbank, 30'000 Stück Aktien dem Depot der IC Deposit and Holding Company zu entnehmen und an die LGT Bank in Vaduz zu

Übertragen, erfolgte laut Bankauszug der Liechtensteinischen Landesbank ohnehin erst am 27.05.1999 (siehe Seiten 495ff. in ON 37).

Im Hinblick auf die damals herrschenden Kurs ist der Preis von € 15.- pro Aktie am 23.04.1999 jedenfalls überhöht, dies kann auch dem Gutachten des Sachverständigen Dietmar Vogelsang (dieses Gutachten wurde über Auftrag des Obergerichtes eingeholt) entnommen werden. Möglicherweise wäre bei einem Börsenverkauf der Preis der Aktie um 10-15% gestiegen. Tatsache ist aber, dass die Aktien am 23.04.1999 einen Höchst- bzw. Schlusskurs von € 9,95 hatten. Berücksichtigt nunmehr den tatsächlichen Kaufpreis von € 15.-, so liegt der tatsächlich bezahlte Kaufpreis ca. 50% über dem gehandelten Börsenkurs. Selbst bei Berücksichtigung der Ersparnis von Spesen bleibt immer noch ein weit überhöhter Preis, welcher den Stiftungen angelastet wurde und welcher insgesamt einen grossen Schaden im Sinn des § 153 Abs 2 StGB für die Stiftungen herbeiführte. Da der Kauf der Aktien tatsächlich frühestens am 23.04.1999 durchgeführt wurde, ist auf diesen Zeitpunkt abzustellen, ob es sich um einen angemessenen Preis handelt oder nicht. Es wäre die Pflicht des Rudolf Ritter gewesen, entsprechend einem redlichen und verantwortungsbewussten, an den Interessen des Machtgebers orientierten Geschäftsführers zu handeln. Es gibt keinerlei Rechtfertigungsgrund, zum Nachteil des Machtgebers den Kurs eines früheren Monats anzusetzen. Mit James Sexton wurde weder über einen konkreten Preis noch über eine konkrete Stückzahl oder ein zeitliches Limit gesprochen.

Das Interesse des Rudolf Ritter, Aktien der SP AG ausserbörslich zu einem möglichst hohen Preis zu veräussern, ist wohl auch darin begründet, dass von diversen Firmen im Einflussbereich des Rudolf Ritter mehr als 240'000 Stück dieser Aktien gehalten wurden. Rudolf Ritter und somit auch Eugen von Hoffen hatten wirtschaftlich nur Vorteile durch diesen überhöhten Preis, weil sie die überhöhten Kaufpreise der Verkäuferin IC Deposit and Holding Company Inc. zuführen konnten, an welcher Firma sie wirtschaftlich berechtigt waren.

Aufgrund des überhöhten Kaufpreises entstand auch effektiv ein Verlust an der Vermögenssubstanz der genannten Stiftungen, da der Kaufpreis ja tatsächlich bezahlt wurde. Es spielt somit überhaupt keine Rolle, wie sich die Aktie in Zukunft entwickelt hätte.

Der Umstand, dass am 19.04.1999, also nicht einmal eine Woche vor dem 23.04.1999 5'000 Aktien für die weiteren 6 Stiftungen gekauft wurden, und zwar zu einem Preis von US\$ 10,83 bzw. US\$ 10,89 pro Aktie, zeigte auch, dass der zweite Aktienankauf über 30'000 Aktien ganz offenkundig den Zweck hatte, der Firma IC Deposit and Holding Company einen ihr nicht zustehenden Vermögensvorteil zuzuwenden, und zwar auf Kosten der Stiftungen. Die Stiftungen wurden daher geschädigt, Rudolf Ritter hat seine Befugnisse wissentlich missbraucht.

Rudolf Ritter ist als Organ der Stiftungen unmittelbarer Täter, Eugen von Hoffen hat nach Angaben des Rudolf Ritter sämtliche Aktionen, die Egon Fink setzte, im Voraus genehmigen müssen und ganz offenkundig in diesem Fall auch genehmigt. Eugen von Hoffen ist also Beitragstäter. Auf Seite 573 unten in ON 37 ergibt sich aus dem handschriftlichen Vermerk „OK von CR“, dass von Hoffen („CR“ war das Kürzel für von Hoffen in der IC-Gruppe) der Übertragung der Aktien zugestimmt hat.

Die Verantwortung des Rudolf Ritter, er habe von der Rückdatierung der Kaufaufträge erst viel später erfahren, wird durch die Angaben des Egon Fink widerlegt. Egon Fink gibt nämlich an, dass ihm Rudolf Ritter das Abrechnungsdatum vorgegeben habe und angeführt habe, der Preis sei gerechtfertigt. Bei diesem Aktienankauf wurden also ganz offensichtlich nur Interessen der IC-Gruppe berücksichtigt, die Befugnis, über das Stiftungsvermögen zu verfügen, wurde wissentlich missbraucht. Ein besonders grosser Schaden im Sinn des § 153 Abs 2 StGB wurde auch herbeigeführt, zumal davon auszugehen ist, dass pro Aktie zumindest um € 4.-- bis € 5.-- zu viel bezahlt wurde, was einen Schaden von € 10'000.-- bis € 150'000.-- ergibt.

Rudolf Ritter verantwortet daher diesbezüglich das Verbrechen der Untreue nach § 153 Abs 1 und 2 StGB.

Laut Angaben des Rudolf Ritter hat Egon Fink ohne Eugen von Hoffen „überhaupt nichts gemacht“. Die Freigabe der Aktien vom IC Depot konnte laut Angaben des Rudolf Ritter nur mit Zustimmung des Eugen von Hoffen erfolgen. Rudolf Ritter gibt an, Eugen von Hoffen habe über alles Bescheid gewusst, was Egon Fink gemacht habe. Demgemäss ist auch zwingend davon auszugehen, dass Egon Fink im Zusammenwirken mit Ritter den Aktienankauf erst nach Zustimmung des Eugen von Hoffen getätigt hat. Eugen von Hoffen ist sohin Beitragstäter gemäss §§ 12, 153 Abs 1 und 2 StGB.

FÜRSTLICHE STAATSANWALTSCHAFT

Vaduz, 5. Dezember 2002 GK/maev

Staatsanwalt
Dr. Gottfried Klotz

Für die Richtigkeit der Ausfertigung:

Andreas Büchel